

BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2017



* 4 Kartonsrat - Mit dem Kopf durch die Wand *

* 9 Retraite - Wir entwickeln den Kanton *

* 14 Verkehr - So geht Veloförderung *

* 18 Verkehr - Durchfahrt Zug *

* 25 Grünspecht - Klimawandel ist schon Realität *

2

3 Gratulation

Ride-on, Frau Landammann

4 Kantonsrat

Mit dem Kopf durch die Wand

6 Regierungsrat

Von Glarner und Zuger Hexen

8 Junge Alternative

Dakota Access Pipeline

9 Retraite

Wir entwickeln den Kanton

10 Initiative

Höchste Zeit für Vollgeld

12 Verkehr

Pro Velo Zug

14 Verkehr

So geht Veloförderung

16 Verkehr

Sonderbare Platzängste

18 Verkehr

Durchfahrt Zug

20 Wohnen

Ausgezeichnetes Wohnen

22 Bildung

Wer überlebt?

25 Grünspecht

Klimawandel ist schon Realität

26 Service

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein

«Das BULLETIN»

Umschlagbild:

Velo-Abstellplätze am

Bahnhof Zug – Achtung Kopf!

Ride on, Frau Landammann

(win.) Die Regierungsratssitzung war soeben beendet, da stand Frau Landammann ratlos vor dem Veloständer und konnte es nicht fassen: Nun hat doch tatsächlich jemand ihr Velo geklaut, das sie am Morgen eigenhändig vor dem Regierungsgebäude parkiert und abgeschlossen(!) hatte! Schon tragisch, dass schamlose Gauner nun auch am heiterhellen Tag ihr Unwesen treiben. So weit sind wir in Zug gekommen. Die Vorsteherin der Direktion des Innern hätte just jetzt ihr Fortbewegungsmittel (ein Herrenmodell!) dringend gebraucht, um Richtung Bahnhof zu radeln. Nun musste stattdessen das Direktionsvelo her, mit dem die verdutzte Regierungsrätin von dannen fuhr.

Was Weichelt nicht wusste: Ihre Mitarbeiterinnen hatten das Velo während der Regierungsratssitzung heimlich entwendet und im Archivraum an der Neugasse 2 versteckt. Zum fünfzigsten Geburtstag sollte die Regierungsrätin ein neues Fahrrad erhalten: Etwas Repräsentatives, Modernes muss her, wobei das in die Jahre gekommene Herrenvelo für einen feierlichen Akt nochmals schön herausgeputzt werden sollte. Für Weichelt freilich löste sich dieses Rätsel erst am anderen Morgen auf. Bis dahin wurde sie schamlos angelogen: Nicht ein Dieb, vermeldetete ihre Kommunikationsbeauftragte per «Whatsapp», sondern der Abwart habe sich an ihrem



Manuela Weichelt freut sich, dass ihr Velo wieder da ist.

Velo zu schaffen gemacht, freilich nur, um einen Platten zu reparieren. Das geflickte Velo würde anderntags wieder an Ort und Stelle sein.

Am anderen Morgen wurde Weichelt unter fadenscheinigen Argumenten ins grosse Sitzungszimmer gelockt, wo die Belegschaft grinsend wartete. Heisser Kaffee und frische Gipfeli standen parat, die Spannung stieg und plötzlich ging die Tür auf. Da rollte doch – oh Wunder – tatsächlich das verschwundene Fahrrad heran, herausgeputzt vom Feinsten, mit bunten Girlanden, Blumen und Ballonen. Die Überraschung war gelungen! Weichelt verstand, strahlte, kam nochmals auf die Lügengeschichte zu reden und feixte: «Ich wusste doch, dass ich keinen Platten habe. Das hätte ich gemerkt, schliesslich war ich nicht betrunken.» Gleichzeitig sei ihr aber auch bewusst, dass ihr

betagtes Fortbewegungsmittel nicht Landammann-like sei, sprich: des hohen Amtes allenfalls gar unwürdig. «Doch wisst Ihr was: Mein 15 Jahre alter Göppel ist mir ans Herz gewachsen. Ich kann ihn doch nicht einfach so entsorgen.» Zum Glück war die Direktion des Innern auch für dieses Szenario gewappnet: Was Weichelt mit der stolzen Summe, die per Spendenaufruf zusammenkam, letztlich anstellt, ist ihr nämlich freigestellt. Entweder sie investiert in ein modernes Stadtvelo, oder aber – der Nachhaltigkeit verpflichtet – sie peppt den alten Drahtesel auf. Ganz nach dem Motto: «Bike reloaded – make velos great again.» In diesem Sinne: Ride on, Frau Landammann! Und nochmals: Happy Birthday! ■

Mit dem Kopf durch die Wand

Andreas Hürlimann und Anastas Odermatt,
Kantonsräte Alternative – die Grünen, Steinhausen

4 **Unser Kanton Zug: rasante Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten; starker, optimaler Wirtschaftsstandort im Einzugsgebiet des Metropolitanraums Zürich, tiefe Steuerbelastung und sehr gute Verfügbarkeit von Fachkräften. Eigentlich eine optimale Ausgangslage für eine florierende Entwicklung. In den letzten Jahrzehnten hat der Kanton Zug von diesem Aufschwung auch entsprechend profitiert, natürlich primär aus finanzieller Sicht. Die Steuern wurden Jahr um Jahr immer mehr und noch mehr gesenkt – «Wir können es uns leisten», hiess es jeweils. Die Alternativen – die Grünen haben stets gewarnt, dass die für unsere Standortattraktivität unnötigen Steuersenkungen den Staatshaushalt irgendwann gefährden würden. Und siehe da: Ende März 2015 war es so weit und der Regierungsrat durfte die von bürgerlicher Seite im Kantonsrat lang ersehnte erste Sparrunde endlich einläuten. Endlich konnte man die so hoch geglaubte Zuger Staatsquote und die so hoch geglaubten Personalkosten senken.**

In der ersten Runde liess die Regierung froh und munter Sparvorschläge machen – das altbekannte Schwarze-Peter-Spiel funktioniert halt doch gut: Jeder hat ja ein paar Ideen, wo die anderen sparen könnten. Über 300 Massnahmen kamen zustande. Alle, welche die Regierung sofort oder auf Verordnungsweg erledigen konnte, wurden schnellstmöglich angegangen. Es gab zwar eine Vernehmlassung zu den Abbaumassnahmen, aber die war eher der Form wegen: Fast keine Massnahme wurde deswegen geändert oder abgesagt. Alle Massnahmen im Rahmen des Budgetprozesses gingen erwartungsgemäss glatt durch den Kantonsrat. Und auch die Beratung über die zu ändernden Gesetze ging einzig mit kritischen Voten und Ablehnung von grüner und linker Seite durch den Rat. Warum sich aufhalten mit kritischen Diskussionen, wenn die Sache aus bürgerlicher Sicht ja so klar ist.

Der Souverän will nicht

Zweite Runde: Die Spar-Bubble und die Illusion vom ach so armen Kanton vermochte in den eingeschworenen Reihen der bürgerlichen Politiker funktionieren – nicht so beim Souverän, bei der Mehrheit der Bevölkerung. Zusammen mit einer Vielzahl von Verbänden und Parteien haben

sich die Alternativen – die Grünen im Komitee Allianz für ein lebenswertes Zug zusammengeschlossen und das Referendum erkämpft. Die Illusion vom armen Kanton Zug, der nach jahrelangen Steuersenkungen nun bei Armen, Kranken, Familien, bei Kultur und Bildung sparen müsse, zog nicht. Am 26. November schoss der Souverän die bürgerlichen Sparfantasien mit deutlichen 53,3 Prozent ab. Wohl ein Meilenstein in der Geschichte der Linken im Kanton Zug: Gegen alle bürgerlichen Parteien konnten die Alternativen – die Grünen zusammen mit dem Komitee Allianz für ein lebenswertes Zug die erste Sparvorlage seit Gedenken kippen.

Demokratie wird an die Wand gefahren

Dritte Runde: Abstimmung verloren – klares Verdikt des Souverän. Was macht die Regierung? Sie packt all jene abgelehnten Massnahmen, die nicht so kontrovers diskutiert wurden, in ein neues Paket «Sparen 18». Und setzt diese trotzdem um. Demokratiepolitisch ist das eine Bankrotterklärung: Die Bevölkerung lehnt eine Vorlage ab – also bringen wir Punkte daraus ohne Wartefrist gleich nochmals – in Einzelteilen und teilweise abgeschwächt. Unser Antrag im Kantonsrat auf Nichteintreten

wegen demokratiepolitischer Bedenken hatte keine Chance. Hinsichtlich Detailberatung muss aus alternativer grüner Sicht klargestellt werden: einen Grossteil der im Rahmen von «Sparen 18» wiedergekäuten Massnahmen konnten wir im Kantonsrat akzeptieren – haben wir genau jene seit der ersten Stellungnahme nicht bekämpft. Auch das kann als Sieg betrachtet werden: Wir konnten das Massnahmenpaket aufgrund des klaren Verdikts der Bevölkerung in unserem Sinne beeinflussen. Pyrrhus-Sieg hin oder her: Das ändert nichts an der demokratiepolitischen Bankrotterklärung mit diesem Prozess des Regierungsrates.

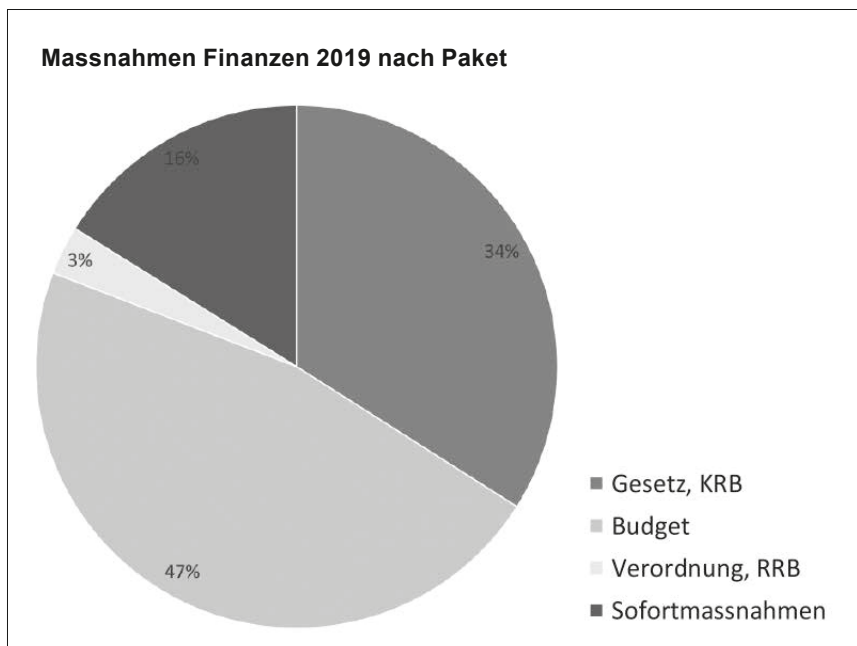
Weiter im jährlichen Spar-Takt

Vierte Runde: Wer jetzt denkt, nun müsste es aufgrund von mehreren Sparrunden reichen, der wird eines Besseren belehrt. Trotz der massiv besseren Staatsrechnung des letzten Jahres, der für den Kanton Zug aus finanzieller Sicht guten Entwicklungen bei den NFA-Zahlungen (diese werden aufgrund eines Kompromisses nicht mehr übermässig ansteigen oder sogar leicht sinken) oder der neuen eidgenössischen Steuervorlage und den fast durchs Band sehr guten Rechnungsabschlüssen bei den Zuger Gemeinden wird weiter primär eine Abbau- und Spardiskussion geführt. Der Spardiskurs, getrieben durch SVP-Finanzdirektor und bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat, soll im nächsten Sparpaket wohl nach folgender Logik am Leben gehalten werden: «Umso grösser und abstruser die neuen Sparmassnahmen, umso mehr Illusion vom Armenhaus Zug bewirken sie.» So sollen nun im Rahmen von Finanzen 2019 Weiterbildungen des Personals gestrichen werden, das Budget für die Gleichstellung wird weiter gekürzt, die gesamte kantonale Kinder- und Jugendförderung wird finanziell weggespült, Integrations- und Bildungskommission werden gestrichen und so die Mitwirkung

aus der Bevölkerung beschnitten, Schulklassen werden wiederum vergrössert, «optimiert» und zusammengelegt, Altersentlastungen gestrichen, Sportprojekte zur Förderung von Jugendlichen verkleinert, Spitex-Beiträge werden abgebaut, Gebühren für die Suchtberatung neu erhoben und gleichzeitig die Leistungen im Bereich Frühintervention bei Suchtgefährdung abgebaut und so weiter und so fort. Fazit der Alternativen – die Grünen nach der Durchsicht des erst tabellarisch vorliegenden Massnahmenkatalogs: «Im Kanton Zug holt man's eben noch bei jenen, die's haben...» (Ironie off): bei Jungen ohne Lobby oder Schwachen und Suchtkranken. Eine traurige Entwicklung! Zudem: Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Abbaumassnahmen werden mehrheitlich durch den Regierungsrat alleine (Sofortmassnahmen oder Verordnungsänderungen) oder via Budget-Prozess vorgenommen (siehe Grafik). Im Kantonsrat können wir uns in einem ersten Schritt nur bei einem Drittel der Massnahmen in einem echten Gesetzgebungsprozess zur Wehr setzen.

Steuern erhöhen – fakultativ?

Fünfte Runde: Und was ist mit der Forderung, endlich auch bei den Steuern etwas zu machen und das Problem an der Wurzel anzupacken? In der Begleitkommunikation von Finanzen 2019 heisst es jeweils, ja, hier machen wir auch noch was. Doch leider finden sich diese Massnahmen dann halt nicht mehr im entsprechenden Massnahmenkatalog. Auf diese Kür dürfen wir noch gespannt sein. Wir werden uns auf alle Fälle weiterhin dafür einsetzen, dass endlich die Steuern gezielt und massvoll erhöht werden, wobei aufgrund der Veränderungen im Umfeld auch dann der Kanton Zug seine Top-Platzierung behalten würde. Wir engagieren uns weiterhin für ein «lebenswertes Zug» und danken für die breit erfahrene Unterstützung unserer Arbeit! ■



Aufteilung der Massnahmen Finanzen 2019 nach Paket und Saldoauswirkungen.

Finanzen 2019

Quelle der Infografik: Eigene Abbildung basierend auf der Massnahmenliste Finanzen 2019
<https://www.zg.ch/behoerden/finanzdirektion/direktionssekretariat/finanz-projekte/finanzen-2019>
 (Zugriff 15.09.2017).

Von Glarner und Zuger Hexen

Manuela Weichelt-Picard, Frau Landammann Kanton Zug

- 6 **Der traditionelle Besuch der Zuger Regierung bei der Glarner Regierung bot weit mehr als einen freundschaftlichen Austausch zwischen den beiden Kantonen mit Smalltalk, feinem Essen und Trinken. Ein Augenschein im Anna-Göldi-Museum war eine gute Gelegenheit, um über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit zu diskutieren und sich in Erinnerung zu rufen: Auch Zug hatte seine Hexen.**

Man tut sich zuweilen schwer, wenn es gilt, ein Programm für Regierungsbesuche zusammenzustellen, das – der Bedeutung des Anlasses entsprechend – sorgfältig gestaltet daherkommt, mehrheitsfähig ist, intellektuell etwas hergibt und gleichzeitig auch noch der Geselligkeit gerecht wird. Vor dieser Herausforderung stand unlängst auch der Staatsschreiber von Glarus, der damit beauftragt war, anlässlich des Besuches der Zuger Regierung im Kanton Glarus ein Programm zu definieren. Hintergrund des traditionellen Anlasses, der diesmal Mitte September stattfand, ist der gemeinsame Beitritt beider Kantone zur Eidgenossenschaft im Jahre 1352; also vor 665 Jahren.

Als amtierende Frau Landammann durfte ich bei der Programmgestaltung einen Wunsch anbringen und stiess mit diesem bei den Glarnern auch sofort auf offene Ohren: Wir besuchten gemeinsam das vor wenigen Wochen neu eröffnete und konzipierte Anna-Göldi-Museum im historischen Hänggiturm in Ennenda. Nachdem wir uns ausgiebig mit der «letzten Hexe» im Glarus beschäftigt hatten, durfte ich am Abend noch auf die Zuger Hexen zu sprechen kommen. Denn ja, auch die gab es, samt dazugehörigen, menschenverachtenden Prozessen. Dieses Kapitel Zuger Geschichte ist im Staatsarchiv gut dokumentiert: Vorweg: Man redet ja gerne «vom finsternen Mittelalter», in welchem Hexen der Prozess gemacht wurde. Doch ganz korrekt ist dies nicht. Anna Göldi starb 1782 und die letzte Zuger Hexe, Maria Petermann,



Opfer eines Justizmords: zeitgenössische Darstellung der Hinrichtung von Anna Göldi.

wurde 1737 auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Sind das Daten aus dem Mittelalter? Nein, sie liegen im Zeitalter der Aufklärung!

Hinrichtung aufmüpfiger Frauen

In Stadt und Amt Zug wurden zwischen 1559 und 1738 genau 175 Personen hingerichtet: 162 Frauen und 13 Männer. Eingesperrt waren sie im Chaibeturm beim Fischmarkt. Hier, in unmittelbarer Nähe des Rathauses, mussten die Angeklagten während des gesamten Prozesses in einem engen, dunklen und nur mit einem kleinen Luftloch versehenen Holzverschlag ausharren. Sehr viele von ihnen hat man – unter Androhung beziehungsweise Anwendung von Folter – auch zu «Geständnissen» gezwungen.

Wie gesagt: Die Frauen waren klar in der Überzahl. In Zug hiessen sie – um die bekanntesten zu nennen – Katharina Kalbacher, Elisabeth Bossard und Maria Stadlin. Es waren aufmüpfige und widerspenstige Frauen. Frauen, die sich nicht an gesellschaftliche Normen hielten und sich gegen die Obrigkeit auflehnten. Viele Frauen – ob in Zug, Glarus oder anderswo – wurden aber auch der Hexerei bezichtigt, weil sie in enger Verbindung mit der Natur standen oder über Kräuter Bescheid wussten. Die Geschichte von Anna Göldi ist besonders tragisch. Sie, die als Magd beim Glarner Arzt und Regierungsrat Johann Jakob Tschudi arbeitete, soll mehrmals Stecknadeln in die Milch einer Tochter Tschudis gezaubert haben. Daraufhin wurde sie der Hexerei beschuldigt und angeklagt. Die Hintergründe für die Anklage dürften aber damit zusammenhängen, dass sie eine Affäre mit ihrem Dienstherrn Tschudi hatte. Dieser konnte bzw. wollte sich – erst 34-jährig – das Ende seiner Politikarriere wegen Ehebruch nicht leisten. Welch trauriges und anschauliches Beispiel, wie hier Herrscher die Justiz als Mittel zur Machterhaltung missbrauchten.

Ohne Recht auf Verteidigung

Das Schlimme an den Hexenprozessen war: Das Todesurteil stand im Prinzip zum Vornherein fest. Es gab keine Rechtsvertretung und eine strenge Pressezensur. Leute, die im Ausland über den aristokratischen Machtmissbrauch schrieben, wurden zu Landesverrätern erklärt. Nach der öffentlichen Verkündung des Urteils übergab man in Zug die Verurteilten dem Scharfrichter. Dieser führte sie – begleitet von vielen Schaulustigen – zur Richtstätte bei der Schutzengelkapelle, wo ihre letzte Stunde schlug. Wer mehr darüber erfahren will, dem sei der Beitrag «Hexenverfolgungen in Stadt und Amt Zug» des Historikers Philipp Bart im Kunstführer über das Zuger Rathaus aus dem Jahre 2009 empfohlen.

Mein Fazit? Wir müssen zu unserem liberalen und demokratischen Gedankengut Sorge tragen, dem Recht auf Verteidigung und Überprüfung eines gerichtlichen Urteils durch eine höhere Instanz.

Ein rechtsstaatliches, korrektes Verfahren ist das wirksamste Mittel, um Menschen vor staatlicher Willkür zu schützen. Das müssen wir uns bei den Beschwerden und unserem «daily business» im Polit- und Verwaltungsalltag immer wieder vor Augen führen. Wichtige Grundsätze dazu sind heute auch in Art. 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte festgehalten.

Ich fand es wichtig, dass die Zuger Regierung sich mit der Besichtigung



Zug Schutzengel: früher Ort grausamer Justizmorde. Heute hält dort die Stadtbahn.

des Anna-Göldi-Museums dieser Thematik angenommen und den Besuch in Glarus nicht nur zum Spazieren, Plaudern, fein Essen und Trinken genutzt hat. Die aktuelle Weltlage präsentiert sich zu düster, als dass gewisse Zusammenhänge zwischen Unrecht beziehungsweise Verletzung von Menschenrechten und Willkür ausgeblendet und ignoriert werden könnten. ■

Dakota Access Pipeline

Luisa Dahinden

8

«You can't drink oil, keep it in the soil!» «We are not protestors, we are protectors.»

Die Dakota Access Pipeline (DAPL) ist die neue Erdölpipeline der USA, am 1. Juni 2017 eröffnet. Sie führt von der Bakken-Formation in North Dakota durch South Dakota über Iowa bis nach Patoka, Illinois, wo das Öl von verschiedenen Pipelineprojekten zwischengelagert wird. Die Bakken-Formation ist einer der grössten noch vorhandenen Erdölspeicher in Nordamerika. Die Pipeline ist rund 1900 Kilometer lang und transportiert täglich 470000 Barrel Öl nach Patoka. Das entspricht 75000 Kubikmetern. Von Patoka aus fliesst das Rohöl weiter durch andere Pipelines, um am Golf von Mexiko und der Ostküste der USA verarbeitet zu werden. Die Dakota Access Pipeline ist ein 3,8-Milliarden-US-Dollar-Projekt, initiiert durch den Energiekonzern Energy Transfer Partners (ETP).

Die Pipeline verläuft entlang des Standing Rock Reservats des Indianervolkes der Sioux.



Vertreter der Urbevölkerung protestieren.

Finanzverflechtung

Die North Dakota Access Pipeline wird von einem Konsortium von 17 internationalen Banken finanziert, auch die UBS und CS sind beteiligt. Die Credit Suisse verwaltet Aktien des Projekts im Wert von 100 Millionen, die UBS Aktien im Wert von einer halben Milliarde Schweizer Franken. Zudem haben die beiden Schweizer Grossbanken Kredite von mehreren Hundert Millionen Franken an das Projekt gewährt.



Der Verlauf der Pipeline.

Das US Army Corps of Engineers (USACE), welches Leistungen im Bereich des Bauingenieurwesens ausführt, bewilligte im Juni 2016 ohne angemessene Umweltverträglichkeitsprüfung die Pipeline. Dies löste enorme Demonstrationen aus, auch ausserhalb der USA. Im darauffolgenden Winter protestierten Tausende auf der Baustelle der DAPL und verhinderten damit die Fertigstellung des letzten Teilabschnittes der Pipeline, welcher unter dem Stausee Lake Oahe des Missouri Rivers hindurchführt. Der Lake Oahe ist das Wasserreservoir der Sioux und für Tausende am Missouri River lebende Menschen. Dieser Protest ist die grösste Indianerbewegung seit Jahrzehnten, welche zusammen mit Umwelt- und Friedensaktivisten monatelang bei Minustemperaturen gegen das Projekt protestieren. Sie befürchten, dass ein Ölleck zu massiven Umweltschäden führt. Besonders kritisiert wird dabei die Gefährdung des Trinkwassers und die Zerstörung der heiligen Stätten der Standing Rock Reservation. Die versprochenen Landrechte der Sioux wurden durch den

Bau der DAPL verletzt. Umweltaktivisten wollen weitere Ölförderung stoppen und demonstrieren für den Klimaschutz. Die Protestierenden verweisen auf die Lecks verschiedener Pipelines in den letzten Jahren.

Die starken Widerstände führten dazu, dass Barack Obama die Bauarbeiten im Dezember 2016 einstellen liess. Er verlangte eine alternative Route, die nicht unter dem Stausee hindurchführt und eine adäquate Studie zur Umweltverträglichkeit.

Trumps Interessen

Sein Nachfolger Präsident Trump hob am zweiten Tag seines Amtes Obamas Entscheidungen auf und setzte sich für den Fertigbau der Pipeline ein, obwohl die Prüfungen zur Umweltverträglichkeit nicht vorgenommen wurden. Donald Trump erwähnte bereits im Wahlkampf regelmässig, dass er die DAPL so schnell wie möglich bewillige. Er investierte sein Geld in die Betreiberfirma ETP, welche ein grosser Sponsor der Republikanischen Partei ist und der Wahlkampagne Trumps angehörte. Donald Trumps Ziel ist es, mit verschiedenen Pipeline-Projekten in die Infrastruktur der USA zu investieren und die USA unabhängig von Importen zu machen. Im August 2017 klagte Energy Transfer Partners Greenpeace und andere Umweltschutzorganisationen an und warf ihnen Kriminalität und fake news campaign vor. Wir können Druck auf die Banken ausüben, indem wir unser Geld ausgewählt anlegen. Die grösste Bank Norwegens DNB, die holländische Bank ING und die Bayern LB haben sich von der Finanzierung der Dakota Access Pipeline zurückgezogen. Auf der Website NoDAPL (siehe Kasten) kann man eine Petition unterschreiben mit der Aufforderung an die Grossbanken, auf Menschenrechte und Umwelt Rücksicht zu nehmen. ■

Petition

<http://nodapl.ch>

Wir entwickeln den Kanton

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – die Grünen

Im Juni fand die Retraite der Alternative – die Grünen statt. Die anwesenden Mitglieder und SympathisantInnen legten den Grundstein für kommende politische Projekte.

Gesellschaftliche Veränderungen haben ihren Ursprung nicht in Regierungsratssitzungen, nicht in verstaubten und grauhaarigen Parlamenten, und auch nicht am Betriebsausflug des Verwaltungsrats. Gesellschaftliche Veränderungen kommen aus der Gesellschaft selbst und die Ideen dazu müssen gemeinsam geboren werden. Deshalb war es diesen Sommer an der Zeit, dass sich die Alternativen – die Grünen an der Retraite Gedanken über die Zukunft unseres Kantons gemacht haben.

Am Vormittag wollten wir jedoch zuerst herausfinden, wie es um den aktuellen Zustand der Partei steht. Der Alternativen – die Grünen Partei natürlich und nicht «der Partei» aus Deutschland. Obwohl gerade die parlamentarische Politik im-

den wir Konradin Franzini, den Co-Präsidenten der Jungen Alternativen ein. Er zeigte uns auf, wie unsere Jungpartei in kürzester Zeit einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte.

Gestärkt vom feinen Bio-Catering am Mittag nahmen wir den politischen Wandel im Kanton Zug in Angriff. Unsere Sinne wurden durch den spannenden Input unserer Parteisekretärs Marco Knobel zum Thema erfolgreiche Basiskampagnen geschärft. Wollen wir ein Grundeinkommen auf kantonaler Ebene einführen? Verschärfte Regeln für den Rohstoffhandel durchsetzen, oder doch den ökologischen Fussabdruck massiv reduzieren? Schliesslich einigten wir uns nach einer intensiven Diskussion auf drei Themen.

Fairer Wirtschaftsstandort

Unser Kanton ist nicht gerade bekannt für faire Steuer- und Geschäftspraktiken. Es braucht eine alternative Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Drei Projekte zum Mitgestalten

Die drei Themen werden nun in Arbeitsgruppen weiterbearbeitet und im Anschluss an die Monatsbar, wie immer im Siehbachsaal, vom 1. November den Mitgliedern und Sympathisantinnen vorgestellt. An diesem Abend entscheiden wir uns für ein Projekt, welches im Anschluss als kantonale Initiative lanciert wird. Nur gemeinsam können wir den Kanton entwickeln, verändern und verbessern. Nur gemeinsam zeigen wir, wie eine solidarische und ökologische Lebensweise im Kanton Zug aussehen kann. Dazu brauchen wir eure Ideen und Kreativität. Auf unserer Website oder per E-Mail könnt ihr euch für die Mitarbeit an den einzelnen Projekten melden. Ich freue mich.

 <p>MASTERPLAN VELO</p>	 <p>KINDERBETREUUNG</p>	 <p>FAIRE ZUGER WIRTSCHAFT</p>
<p>Der Kanton Zug könnte das «Kopenhagen der Schweiz» werden: ein Paradebeispiel in Sachen Veloförderung. Was es dazu braucht? Dich!</p>	<p>Das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung entspricht bei weitem nicht dem Bedarf. Das können wir ändern! Hilfst du mit?</p>	<p>Unser Kanton ist nicht gerade bekannt für Firmen mit anständigen Geschäftspraktiken. Krepelst du mit uns das Zuger Wirtschaftssystem um? Na dann los jetzt!</p>

Anmeldung zur Mitarbeit auf:

www.alternative-zug.ch
oder per E-Mail an:
info@alternative-zug.ch

mer wieder einer Komödien-Show gleicht. Jedenfalls erarbeiteten wir in verschiedenen Gruppen mögliche Lösungen, wie wir den Austausch unter den verschiedenen Gremien verbessern können, wie wir unsere Arbeit und Erfolge in Zukunft besser kommunizieren und wie wir mit unseren Erwartungen im Widerspruch zur politischen Realität umgehen. Zum Abschluss des Vormittags lu-

Masterplan Velo

Der Kanton Zug könnte das «Kopenhagen der Schweiz» werden: ein Paradebeispiel in Sachen Veloförderung.

Betreuungsangebote

Das Angebot an Familienergänzender Kinderbetreuung entspricht bei weitem nicht dem Bedarf. Wie schaffen wir es, diesen Missstand zu beheben?

Höchste Zeit für Vollgeld

Eva Theiler, Vorstandsmitglied Verein MoMo/Vollgeld-Initiative

10

Stellen Sie sich vor, Sie schreiben die Zahl 1 000 000 (also eine Million) auf einen Zettel und übergeben diesen jemand anderem, der zu einem Immobilienhändler geht und sich damit ein Haus kauft. Für das «Geld», welches Sie ihm geliehen haben, zahlt er Ihnen nun über viele Jahre Zinsen. Sollte er Ihre Zinsen nicht mehr bezahlen können, gehört sein Haus Ihnen. Sie hätten sich also mittels eines Zettels und eines Stiftes über viele Jahre hinweg Einkommen und – im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Hausbesitzers – sogar den Besitz einer Immobilie gesichert, ohne je das Geld dafür gehabt zu haben.



VOLLGELD INITIATIVE

Die obige Beschreibung ist kein Scherz, einzig dass nicht wir mit Zettel und Stift, sondern die privaten Banken mit Computer und Tastatur täglich selber neues Geld aus dem «Nichts» erschaffen, Geld, welches es vorher nicht gegeben hat. Einfach indem sie die gewünschte Zahl zweimal in den Computer eintippen. Einmal auf der Aktivseite und einmal auf der Passivseite (sog. Bilanzverlängerung). Wir alle glauben, dass alle Schweizer Franken von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) herausgegeben werden. Das trifft jedoch nur für Banknoten und Münzen zu. Diese machen aber nur noch rund 10 Prozent unseres Geldes aus. Rund 90 Prozent sind sogenanntes elektronisches Geld (Giral- oder Buchgeld), welches nicht von der Nationalbank herausgegeben wird. Graham F. Tower, Direktor der Bank of Canada von 1954 bis 1974, sagte schon damals: «Jedes Mal, wenn eine Bank einen Kredit gibt, wird ein neues Guthaben erzeugt, neue Einlagen – brandneues Geld.»

Mit solchem selbst geschaffenen Geld können Banken auch für sich selber Immobilien oder Aktien kaufen. Alles mit aus Luft für sich selber erzeugtem Geld.

Die Gesetzeslücke

In der Zeit bis 1891 durfte jede Bank in der Schweiz ihre eigenen Banknoten drucken. Das führte ins Chaos. Deshalb beschlossen unsere Vorfahren in einer Volksabstimmung von 1891, den Banken das Drucken von Banknoten zu verbieten und stattdessen die Nationalbank mit der Geldherstellung zu beauftragen. Bei der Totalrevision der Bundesverfassung von 1999 wurde versäumt, in Art. 99 den in diesem Zusammenhang äusserst bedeutungsvollen Begriff «Buchgeld» einzufügen. Diese kleine aber verhängnisvolle Lücke muss unbedingt geschlossen werden. Heute steht nur «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes; diesem allein steht das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten zu.» Das elektronische Geld wird noch nicht erwähnt.

Warum dies bisher nicht geändert wurde

Eigentlich müssten wir alle lautstark gegen das illegitime Erzeugen von Geld durch private Banken protestieren und eine sofortige Änderung dieser Praxis und der Bundesverfassung fordern. Weil das Thema aber für viele von uns so schwer greifbar ist, ist ein Aufschrei bisher ausgeblieben. Uns ist gar nicht bewusst, welche grosse und gefährliche Wirkung diese Bankengeldschöpfung hat und noch haben kann. Wenn wir Neuigkeiten über die Finanzkrise hören, oder im Alltag mit Geld zu tun haben, käme uns nie in den Sinn, dass die Geldschöpfung durch die Banken ein nicht zu unterschätzender Mitverursacher von Finanzkrisen und scheinbar unvermeidlichen und teils massiven Sparmassnahmen der öffentlichen Hand ist. Die Bankengeldschöpfung führt unter anderem dazu, dass die Geldmenge viel mehr wächst, als dies die Realwirtschaft rechtfertigen würde und dass der grösste Teil des Geldes, nämlich 80 Prozent, auf der Suche nach dem grössten Profit in die Finanzwirtschaft fliesst. Lediglich 20 Prozent der Geldschöpfung dient der Realwirtschaft, also dem Geldkreislauf, mit dem wir Normalsterblichen vorwiegend zu tun haben.

Die Gefahr

Kritische Fachleute, welche die Ursachen für die Finanzkrise von 2008 sowie das Investitionsgebaren seit diesem Schock kritisch analysieren, warnen seit längerem davor, dass die nächste und – das liegt in der Natur der deregulierten und massiv aufgeblähten Finanzmärkte – unausweichlichen Finanzkrise viel zerstörerischer sein wird als die Krise von 2008. Bei der letzten Krise ist die Schweiz noch glimpflich davongekommen. Die nächste wird uns ungleich härter treffen. Die Entwicklung der letzten Jahre in Griechenland sollte uns allen eine Warnung sein. Wir Schweizer sind zu vertrauensvoll und leben in einer

naiven Blase. Das Erwachen kann für uns alle sehr schmerzhaft werden. Viele der für unsere Zukunftsabsicherung angelegten Gelder (Sparguthaben, Renten, Versicherungsgelder etc.) könnten bei der nächsten Krise in grossem Umfang vernichtet werden.

Unser Geld wird sicherer

Der Schweizer Franken ist die wohl vertrauenswürdigste, sicherste und stabilste Währung der Welt. Das zugrundeliegende Geldsystem jedoch nicht. Unser grosses Vertrauen in unser Geld ist also aufgrund des Geldsystems nicht gerechtfertigt. Wenn die Schweiz – als erste und beispielhafte Nation der Welt – Vollgeld einführt, werden unser aller Kontoguthaben sicherer. Alles Geld wird vom Staat (resp. seiner Nationalbank) selber geschaffen und ist dadurch gesetzlich legitimes Geld. Im jetzigen System trifft dies nur auf Bargeld zu. Wir vergessen gern, dass wir 2008 die UBS mit Milliarden von Steuergeldern retten mussten. Unter Vollgeld muss eine Bank nicht gerettet werden, wenn sie schlecht gewirtschaftet oder über ihre Verhältnisse Geschäfte gemacht hat. Sie geht einfach Konkurs, genau so, wie dies mit allen anderen Unternehmen im Falle von Überschuldung geschieht. Unser Kontoguthaben ist mit Vollgeld sicher, denn es steht nicht mehr in der Bankbilanz und gehört daher nicht mehr in die Konkursmasse. Die Banken bleiben zuständig für Kreditvergabe, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung, dürfen aber kein eigenes Geld mehr herstellen. So wird die Bank für uns Normalsterbliche wieder ein Dienstleister, für deren Dienstleistung wir eine Gebühr entrichten, wie überall, wo für uns eine Dienstleistung erbracht wird.

Geldschöpfungsgewinne und Schuldenabbau

Die gesamten Schulden der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) betragen per Ende 2016 rund



Vollgeld-Säuli.

220 Milliarden Franken. Unter Vollgeld könnte die Nationalbank neu geschöpftes Geld über Bund, Kantone und Gemeinden in Umlauf bringen. Diese Mehreinnahmen könnten für den Schuldenabbau oder für Ausgaben in den Bereichen Bildung, Soziales, Infrastruktur, Kultur etc. genutzt werden. Alles spricht dafür, dass wir als Nation diesen Geldschöpfungsgewinn (sog. Seigniorage) für unser Land einfordern. Den privaten Banken weiterhin die Geldherstellung zu überlassen, wäre ein sträfliches Versäumnis zu unser aller Nachteil. Grundsätzlich müssen wir uns fragen, wem wir unser Vertrauen schenken. Den privaten gewinnorientierten Banken, welche in den letzten Jahren wegen unstatthaftem oder ungesetzlichem Geschäftsgebaren Milliardensummen an Strafen zahlen mussten oder der demokratisch legitimierten Nationalbank, welche gemäss Verfassung dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtet ist.

Geld ist ein öffentliches Gut und muss der Allgemeinheit dienen! Es ist höchste Zeit zu handeln, der Geld-

schöpfung durch die privaten Banken die rote Karte zu zeigen und Vollgeld einzuführen!

«Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.» Henry Ford (Automobilhersteller, 1863–1947) ■

Vollgeld-Initiative

Antworten und detaillierte Erklärungen zu allen Fragen rund um das Thema Vollgeld finden Sie auf der Website www.vollgeld-initiative.ch. Die Initiative befindet sich noch immer in der parlamentarischen Behandlung. Spätestens Anfang 2018 wird der offizielle Abstimmungstermin bestimmt.

VOLLGELD-INITIATIVE

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)
Postfach 3160, CH-5430 Wettingen
Tel.: +41 (0)44 586 69 94 oder
Tel.: +41 (0)79 773 34 50
info@vollgeld-initiative.ch

Pro Velo Zug

Hansruedi Küttel

12

Wer kennt Pro Velo Zug? Macht ihr regelmässig Meldungen über Problemstellen? Warum nicht? Im Gespräch mit Victor Zoller, Co-Präsident von Pro Velo Zug habe ich einiges über die Aktivitäten zur Veloförderung und zu Massnahmen für die Sicherheit erfahren.

Zuerst einmal zu den Aktivitäten der Organisation Pro Velo Zug, welche Mitglied bei Pro Velo Schweiz ist. Für die Förderung des Velofahrens werden verschiedene Beiträge geleistet. Neben Velo-Kultour (Gemeinsam mit Velos unterwegs), Velobörsen (Velos finden Wiederverwendung), Veloreparaturkurs (vieles kannst du künftig auch selber machen) gibt es die Velofahrkurse für Kinder und Eltern sowie die Aktion Velolicht, welche beide der Sicherheit dienen. Permanent ist der Verein im Kontakt mit den zuständigen Stellen von Kanton und Stadt Zug, wo er immer wieder Anliegen der Velofahrenden einbringen kann.

Überzeugt für das Velo

Warum überhaupt Velo fahren? Das ist doch anstrengend, gefährlich und unbequem! Victor ist gar nicht einverstanden mit meiner Aussage. «Mit dem Velo bin ich schneller, näher, flexibler und individuell. Ich bewege mich. Ich erlebe die Landschaft, aber auch die Stadt, mit allen Sinnen. Ich schone Ressourcen und Umwelt. Ich bin unabhängig von Reparaturwerkstätten.»

Politische Arbeit

Da ich selber das Velo weder als Sportgerät noch als Spielzeug, sondern als Transportmittel einsetzen möchte, bin ich noch nicht ganz überzeugt. Velos haben in der Stadt nirgends freie Fahrt, zu wenig geeignete Parkplätze und zu viele gefährliche Situationen. Velofahren wird in Zug regelrecht behindert. Eine Arbeitsgruppe von «Pro Velo Zug» beschäftigt sich mit den jeweils aktuellen politischen Aktivitäten, welche die Velofahrenden betreffen. Die Arbeitsgruppe bringt sich ein bei

Planungsfragen rund um die Weiterentwicklung der Verkehrswege.

Velo statt Auto

Damit mehr Pendlerinnen und Pendler das Velo nutzen, braucht es noch einige Massnahmen, vor allem weniger tägliche Behinderungen für den Veloverkehr. Dazu gehören Baustellen, die oft für Velos sehr schlecht beschildert sind, Veranstaltungen, die schon in der Vorbereitungsphase Velowege (Altstadt, Landsgemeindeplatz) versperren, ohne dass geeignete Umleitungen signalisiert sind, und täglich auf Velowegen, Velospuren etc. falsch parkierte Autos und Lastwagen. Gefährliche Kreuzungen und irritierende Signalisierung oder Markierungen dürfen aber nicht warten. Dazu gibt es das Velophon auf der Website von Pro Velo Zug. Problem beschreiben, Foto hochladen, Lösungsvorschlag machen. Leider wird diese Möglichkeit von uns allen zu wenig genutzt. Wir schimpfen über die Zustände, haben aber immer einen Grund oder eine Ausrede, nicht weiter aktiv zu werden. Bitte, liebe Leserinnen und Leser, meldet Problemstellen via Velophon! Wenn dort der Posteingang voll ist mit Meldungen, wenn dieselbe kritische Stelle von mehreren Personen gemeldet wird, kann «Pro Velo Zug» zusammen mit den zuständigen Stellen von Kanton oder Stadt Lösungen erarbeiten.

Langsamverkehr

Langsamverkehr ist mein Unwort des Jahres. Velofahrer in zwei Fahrtrichtungen, dazu Fussgänger in zwei Marschrichtungen, also vier nicht markierte oder getrennte Spuren auf dem Trottoir der Artherstrasse oder Chamerstrasse oder auf dem Asphalt-

streifen entlang der Rössliwiese, das nennt man in der Amtssprache Langsamverkehr. In der Praxis heisst das, dass die Nutzerinnen sich selber organisieren müssen. Erschwerende Komponenten wie Veloanhänger, Kinderwagen, spielende Kinder, Hundeleinen und Smartphones vor den Gesichtern der Akteure machen dann das Leben und Überleben erst wirklich spannend. Also liebe Politikerinnen und Politiker, vergesst das Wort Langsamverkehr und schafft endlich getrennte Verkehrsräume für die verschiedenen Nutzungsarten!

Polizei und Velos

Ja, auch wir Velofahrer nehmen uns manchmal ein Recht, das uns nicht zusteht. Wenn wir aber erwarten, dass die Polizei häufiger z.B. die Falschparkierer auf Velowegen sanktioniert, dann wird auch von uns erwartet, dass wir uns an die Regeln halten.

Abstellplätze

Schön, dass wir nun auf West- und Ostseite des Bahnhofs Zug viele Abstellplätze für Fahrräder haben. Der Vorteil der gewählten Konstruktion ist, dass kein Motorradfahrer auf die Idee kommt, dort seine Knattermaschine zu parkieren, wie er das an anderen Plätzen in der Stadt so gerne macht. Wer aber ist verantwortlich für die Konstruktion der Mechanik? Einparken ohne Helm ist gefährlich, Velo wieder holen verlangt ebenfalls zuerst Helm auf! Ein Radl mit etwas breiterem Lenker passt nicht rein, eines mit Rückspiegel schon gar nicht. Da hat jemand wirklich Maschinenbau studiert!

Gefährliche E-Bikes

Immer wieder ist die Rede von E-Bikes und Leuten, die damit nicht umgehen können. Bitte unterscheiden wir die verschiedenen Klassen von E-Bikes. Ich lasse mal die E-Mountain-Bikes weg und rede nur von den Geräten für normalen Stras-

senverkehr oder eben für Personen-transport. Wenn die Unterstützung bis zu einer Geschwindigkeit von 25 Kilometer pro Stunde wirkt, darüber aber nicht mehr, dann handelt es sich für mich um ein E-Bike. Das Gerät mit Unterstützung bis 45 Kilometer pro Stunde braucht eine Zulassungsnummer wie ein Motorfahrrad und unterliegt deshalb auch den entsprechenden Artikeln im Strassenverkehrsgesetz. Ein Fahrverbot für Mofas gilt auch für 45er mit E-Motor! Fahren diese nämlich auf Radwegen, Radstreifen oder für Velos erlaubten Trottoirs, sind die Risiken gross, weil der Unterschied in den Geschwindigkeiten der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu gross ist. ■

Pro Velo Zug

www.provelozug.ch



Parkieren auf Radweg, lebensgefährlich für Radfahlerin.



Eine Umleitung für Velos war nicht signalisiert.



Nur schnell ausladen?



Richtig. Da wäre der Fuss- und Radweg.



Auch da wäre der Fuss- und Radweg.



So ist die Velospur nur noch halb so breit.

So geht Veloförderung

Natalie Chiodi

14

Verschiedene Länder Europas hat die Autorin per Velo bereist, in diesem Sommer aber war sie das erste Mal in Holland. Und hat sich dabei gefragt, warum sie dieses veloverrückte Land erst jetzt bereist. Während man sich in unseren Breitengraden immer wieder ärgert oder wundert, wie stiefmütterlich das Velo behandelt wird, geht all jenen, die im VELO ihr LOVE finden, in Holland das Herz auf, und zwangsläufig verliebt man sich auch ein wenig in dieses Land.

Während in der Schweiz die VerkehrsplanerInnen dauernd von Mischverkehr reden, wird in Holland konsequent die Entflechtung von Auto, Velo und FussgängerInnen betrieben. Mit Argumenten wie Mischverkehr verbessere die gegenseitige Wahrnehmung und verringere das Konfliktpotenzial verschleiert man meiner Meinung nach die wahren Tatsachen für einen Mischverkehr: Enge Verhältnisse auf Strassen, eine geringe Bereitschaft, dem Velo mehr Raum zu geben und es sich etwas kosten zu lassen etc. Erstaunlicherweise setzt das Veloland Holland seit Jahren auf eine gegensätzliche Strategie. Die Wege werden entmisch, wie die Bilder im Folgenden zeigen. Es scheint, dass die Unfallzahlen den niederländischen VerkehrsplanerInnen recht geben. In keinem europäischen Land gibt es so wenig Unfälle pro gefahrenen Velokilometer wie in Holland. Also nicht Helmpflicht oder Leuchtweste sorgen für Sicherheit, sondern die Masse der Velofahrenden selber sorgt für Sicherheit. «Safety in numbers» wie das Phänomen auch heisst. Will heissen: Je mehr VelofahrerInnen auf der Strasse sind und je mehr Kilometer diese fahren, desto (statistisch) sicherer sind sie. Nach meinem Rückkehrschock via Belgien und Deutschland in die Schweiz – man könnte es fast Kulturschock nennen – bin ich ganz froh, dass ich die Bedingungen in Holland für Velofahrende erst jetzt gesehen habe. Sonst wäre mir die Lust an Radwanderungen in Europa eventuell schon früher vergangen. Die folgenden Bil-

der zeigen Beispiele, die ich in Holland fürs Bulletin gemacht habe. «So geht Veloförderung», möchte ich an dieser Stelle den Verantwortlichen zurufen! ■



Velos sind in Holland von vielen Regeln ausgenommen.



Velofahrenden wird viel Platz eingeräumt. Von Rads Spuren direkt auf der Strasse hält man vielerorts wenig. So können die Radwege nicht so leicht von Autofahrern als Haltespur oder Parkfläche missbraucht werden. Im Bild wird der Radweg beispielsweise durch eine Bordsteinkante von der Strasse getrennt und ist richtungstrennt.



Velofahrende und FussgängerInnen werden entmisch. Das sorgt für weniger Konflikte. Für die Velofahrenden steht fast überall ein eigenes Ampel- und Verkehrsregime bereit. Konfliktschaltungen gibt es kaum.



Velos als Pack- und Transportmittel. Gut möglich, dass diese Transportart nicht erlaubt ist, in Holland sieht man sie immer wieder. Ist ja auch kein Problem, wenn das Fahrrad eine eigene Spur hat, die so breit wie ein Auto ist.



Dieses Bild zeigt den Wert des Velos auf eindruckliche Weise. Weil der Veloweg ganz links in Stand gestellt wird und nicht nutzbar ist, erhalten die VelofahrerInnen Platz auf der Strasse. Dieser Platz wird wiederum den Autos genommen, die deshalb nur alternierend von beiden Seiten dieses Strassenstück befahren konnten. Das nennt man Paradigmenwechsel.



Man sieht anhand dieses Bildes, dass Velos nicht einfach auch noch irgendwohin geplant werden, sondern dass sie ein eigenes Verkehrssystem erhalten haben. So macht Velofahren Spass.



Bei abbiegenden Autos von einer Hauptstrasse wird der Veloweg zurückversetzt, damit die problematische Kreuzung mit dem Velo, d.h. die Gefahr des Übersehens minimiert wird. Man beachte, dass das Auto keinen Vortritt hat.



Mein Lieblingszeichen: Eine Strasse für VelofahrerInnen, das Auto ist Gast ... uff ... bei uns ist es noch nicht mal umgekehrt: Denn das Auto beherrscht die Strasse und das Velo ist NICHT willkommen.



«Mir sind mit em Velo do...» und fast niemand trägt einen Helm. In Amsterdam gibt es im Übrigen die Regel, dass Radwege Pflicht sind an Strassen, auf denen Autos 50 Kilometer pro Stunde fahren dürfen. Holland ist das einzige Land, in dem es mehr Velos gibt als Menschen.



Ein Güselkübel, der sich dem Velofahrenden entgegenneigt.



Ich möchte nicht verheimlichen, dass ich nicht nur glücklich war auf Hollands Strassen. Dass die Motorräder und Roller die Velowege gleichermassen befahren dürfen, finde ich problematisch.



Das Velo im Kreisel.

Sonderbare Platzängste

Astrid Estermann, Gemeinderätin, Alternative – die Grünen Zug

16

In der Stadt Zug wird primär in den Malls Metalli, Neustadt oder dem Bundesplatz eingekauft. Dort gibt es jeweils nicht viele oberirdische Parkplätze. Auch motorisierte Kunden akzeptieren das Parken in einem Parkhaus. Die kleineren Läden im Raum Altstadt – Neugasse – Postplatz mit ihrem unausgewogenen Angebotsmix kämpfen hingegen seit Jahrzehnten ums Überleben.

Im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug (GGR) wird wieder einmal über die Zukunft des Postplatzes bestimmt. Die Vorlage ist auf die Sitzung vom 26.9. im Grossen Gemeinderat traktandiert, also nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des BULLETINS. Die Diskussion dreht sich um den Kredit für die Umgestaltung des unteren Postplatzes. Die oberirdischen Parkplätze sollen gleichzeitig mit der baldigen Eröffnung des 100 öffentlichen Parkplätze zählenden neuen Parkhauses am oberen Postplatz aufgehoben werden. Es zeichnet sich ab, dass der Kredit für die Umgestaltung nicht gesprochen werden könnte, weil man keinerlei Parkplätze aufheben will. Die bürgerlichen Parteien schliessen dabei einen Pakt mit Teilen des Gewerbes. Schon seit vielen Jahren gibt es ein Gezerre zwischen Parkplatzlobbyisten und Postplatzumgestaltern. Im Moment scheint die Parkplatzlobby im GGR die Nase vorn zu haben, obwohl das Volk in einer Volksabstimmung im Jahr 2008 anders entschieden hat.

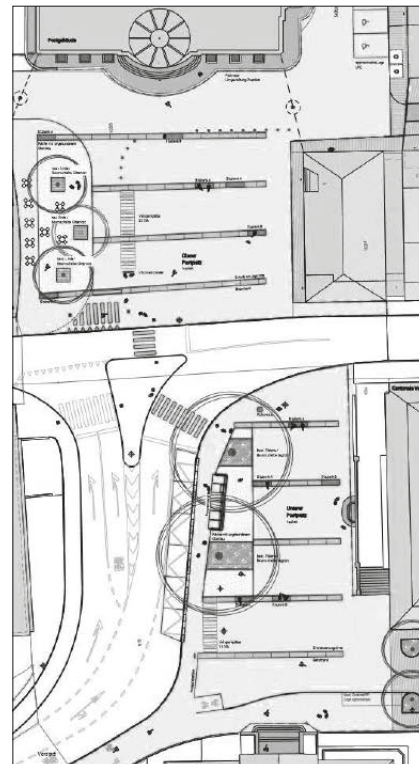
Parkplatzlobby und Postplatzumgestalter

Beide Lager setzen sich aus ihrer Sicht für eine attraktive Innenstadt ein. Die eine Seite ist der festen Überzeugung, dass das Überleben der Läden in der Innenstadt von Zug davon abhängt, dass es möglichst viele oberirdische Parkplätze gibt, die günstig und ganz in der Nähe der Läden liegen. Für sie ist klar, dass jeder aufgehobene Parkplatz direkt einen negativen Einfluss auf die Laufkundschaft eines Ladens in der Innenstadt von Zug hat. Die andere Seite ist fest der Meinung,

dass das Überleben der Läden in der Innenstadt von Zug davon abhängt, dass ein gutes Ambiente und ein attraktiver Mix von Märkten, innovativen Restaurants, Cafés und Läden bestehen. In ihren Augen muss es freie Plätze für Begegnungen und Kultur geben. Parkplätze, sofern sie überhaupt mehr Kunden bringen, sollen in den Untergrund verschwinden. Oberirdisch oder unterirdisch ist für die Kundschaft irrelevant, für die Attraktivität der Innenstadt hingegen entscheidend.

Parkhaus unter dem Postplatz

Im Jahr 2002 reichte die FDP eine Motion ein für die «Neugestaltung des Postplatzes inkl. Erweiterung des unterirdischen Parkplatzangebotes». Darauf gestützt wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, welche unter anderem ein unterirdisches Parkhaus beim Postplatz vorsah. Man ging von ca. 12 Millionen Franken Kosten bei ungefähr 150 Parkplätzen aus. Die FDP war Feuer und Flamme für das Projekt und hätte dabei die oberirdischen Parkplätze auf dem Postplatz aufgehoben. Sie stellten sich dabei als gewerbefreundliche Partei dar, die dafür sorgt, dass endlich genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. CVP, SP und Alternative wehrten sich gegen das Projekt, weil die vorgeschlagene Lösung mit einer Einfahrt vor dem Regierungsgebäude nicht zielführend war. Cornelia Stocker, die damalige FDP-Fraktionschefin, bezichtigte die CVP darum als eine Partei, die «Windfahnenpolitik» betreibt, was einem «Frontalangriff auf das Gewerbe» gleichkomme. (Zuger Zeitung, Nr. 27, 2. Februar 2005, S. 21).



Ausschnitt aus dem Plan des Stadtrates, Vorprojekt Stand Mai 2017.

Abrufbar unter:

http://www.stadtzug.ch/dl.php/de/59252de54f2ad/G2452_SR_Beilage_3_Situationsplan.pdf

Das Parkhaus auf dem unteren Postplatz wurde schliesslich dank den Mehrheitsverhältnissen fallengelassen. Nur eine Änderung der Verkehrsregimes wurde weiterverfolgt.

Aufhebung der Parkplätze beim Hirschenplatz

Mit der Änderung des Verkehrsregimes im Jahr 2007 konnten die Autofahrenden nicht mehr vom oberen Postplatz in die Neugasse einbiegen. Weil auch die Parkplätze auf dem Hirschenplatz aufgehoben werden sollten, beschwor die Parkplatzlobby ein weiteres Lädelerben herauf. Im GGR wurde die Aufhebung jedoch beschlossen. Seither kommt auf dem Hirschenplatz der Brunnen wieder zur Geltung, er ist eine kleine Oase

geworden. Die ansässigen Restaurants nutzen im Sommer fleissig den Aussenraum. Das bringt jeweils garantiert zusätzliche Kundschaft.

Parkhaus Post auf dem oberen Postplatz

2005 zeichnete sich erstmals ab, dass eine Neuüberbauung neben und hinter dem Postgebäude realisiert werden soll. Für die neuen Bewohner/innen und Geschäfte wurde ein neues Parkhaus geplant. Der Stadtrat schlug vor, gleichzeitig in diesem neuen Parkhaus Parkplätze für die Öffentlichkeit zu erstellen und dabei 60 oberirdische Parkplätze auf dem Postplatz und in der Umgebung aufzuheben.

Im GGR begann eine Debatte um die Chancen und Risiken der Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen und der Anzahl neuer unterirdischer Parkplätze. Man wähte sich auf einem Basar. Es ging auch um viel Geld: Ein Parkplatz wurde damals mit ca. 90 000 Franken veranschlagt. Schliesslich wurde im GGR ein denkwürdiger Kompromiss geschlossen: Die Postplatzumgestalter stimmten dem Bau von 100 öffentlichen Parkplätzen im Parkhaus am oberen Postplatz zu, wenn die Parkplatzlobby dafür die Aufhebung der 60 Parkplätze auf dem Postplatz und weiterer Parkplätze in der Umgebung einverstanden ist. Die Alternative Fraktion stimmte diesem Kompromiss zu: Das Verschwinden der Autos in den Boden, das Eliminieren von Suchverkehr und von gefährlichen Ein- und Ausfahrten auf dem unteren Postplatz liessen uns beide Augen zudrücken. 2008 hat das Zuger Stimmvolk diesem Kompromiss zugestimmt.

Abstimmung gilt offenbar nichts mehr

Heute, kurz vor der Fertigstellung des Parkhauses, möchten bürgerliche Parlamentarier zusammen mit einem Teil der Gewerbetreibenden von der Aufhebung der Parkplätze auf dem

unteren Postplatz nichts mehr wissen. Die Bau- und Planungskommission hat bereits mit 4 zu 5 Stimmen gegen den Kredit von 1,3 Millionen Franken für die Umgestaltung des Unteren Postplatzes gestimmt. Der Gewerbeverein sammelt mit einer Petition Unterschriften, dass die Parkplätze auf dem unteren Postplatz trotz Parkhauseröffnung bleiben.

Offenbar herrscht bei der Parkplatzlobby wieder Angst vor der Veränderung. Der neu gestaltete untere Postplatz könne nicht genutzt werden. Schon wieder werden Kundenverluste für die Altstadtgeschäfte prophezeit, was Erfahrungen aus anderen Städten ignoriert. Wer kennt schon ein Beispiel, wo Stadtbevölkerung oder Gewerbe nach einer Verkehrsbefreiung wieder zurück zum alten Regime zurückkehren möchten? Was die Parkplatzlobby auch anführt: Mit der Ablehnung des Stadttunnels an der Urne herrsche nun ohnehin der Verkehr in der Innenstadt. Die beiden Vorhaben seien miteinander verkoppelt gewesen. Kaum zu glauben: Der so oft beschworene Volkswille soll von seinen üblicherweise am lautesten auftretenden Verfechtern mit Hilfe abenteuerlich konstruierter Argumente mit Füßen getreten werden.

Kein Kredit – keine Neugestaltung

Wird im GGR der Kredit für die Umgestaltung des unteren Postplatzes nicht gesprochen, müssten aufgrund des Volkswillens die Parkplätze auf dem unteren Postplatz dennoch aufgehoben werden. Eine Beibehaltung des jetzigen Zustandes bedingt eine Volksinitiative und allenfalls eine neue Abstimmung. Der Gewerbeverein hat verlauten lassen, dass er dazu bereit wäre.

Es gibt Ideen, den Postplatz nach der Aufhebung der Parkplätze zu beleben: Kultur in der Posthalle, ein illuminiertes Springbrunnen, mobile Stühle auf dem oberen Postplatz, (Weihnachts-)Märkte, Sommerbuvet-

te, ein Treffpunkt für Touristenführungen usw. Mit einem neu gestalteten Postplatz wird sich auch die Verkehrssituation verändern: Weniger Suchverkehr, mehr Fussgänger und Velos aufgrund neuer Wegverläufe. Irgendwann einmal vielleicht Tempo 30 oder sogar eine Begegnungszone?

Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, in welche Richtung sich der Postplatz, ja die Stadt Zug entwickeln soll. ■

Durchfahrt Zug

Philipp Kissling, VCS Zug

18

Das Projekt Durchfahrt Zug kommt in eine weitere Phase, ein neues Verkehrskonzept für Zug nimmt Form an. Die Hochschule Rapperswil hat zu diesem Thema Bachelorarbeiten vorgestellt, welche von der Stadt Zug begleitet wurden. Die StudentInnen haben eigene, mögliche Verkehrskonzepte erstellt und diese miteinander verglichen. Ferner wurden diese Konzepte mit dem Vorschlag des VCS (Durchfahrt Zug) verglichen, welches wir in der Nummer 3/2016 des BULLETINS vorgestellt haben.

Am meisten Anklang fand die Umfahrung Ost (siehe Darstellung Folgeseite, unten rechts), welche von mehreren StudentInnen behandelt wurde. Diese führt über die Gubel- in die Industrie- und Poststrasse zum Postplatz im Gegenverkehr. Dadurch wurden grosse Bereiche der Stadt vom motorisierten Individualverkehr (MIV) befreit. Der Vorteil gegenüber Durchfahrt Zug, dem Durchfahrtsprojekt vom VCS, wäre, dass keine zusätzlichen Umwegfahrten gemacht werden müssten und der Zugang vom Bahnhof zum See nicht mehr über eine Hauptachse führt. Doch dieses Regime hat gegenüber dem VCS-Projekt Durchfahrt Zug (siehe Darstellung Folgeseite, oben links) ein paar entscheidende Schwächen:

1. Die Poststrasse hat diverse Funktionen (Tiefgaragenzufahrten, Anlieferungen, Veloachse etc.). Diese wären mit einer so starken Verkehrszunahme im Gegenverkehr nicht mehr zu bewältigen.
2. Die Parkhäuser im Zentrum müssten mit einem separaten Verkehrssystem erschlossen werden.
3. Im Gegenverkehr gibt es viel mehr Konfliktpunkte als bei einer Einbahnspur, z. B. wenn jemand nach links abbiegen möchte und über die Gegenfahrbahn fahren muss. Gegenverkehr macht das Regime viel träger, auch für den ÖV.
4. Die Veloachse Nord-Süd wäre nicht mehr ohne Querung der im Gegenverkehr verlaufenden Hauptachsen möglich.

5. Es gibt keine Verlagerung des Verkehrs vom Norden von der Industriestrasse auf die Nordzufahrt.

Variante Gegenverkehr

Eine weitere Arbeit befasste sich mit derselben Linienführung wie jener von Durchfahrt Zug (keine Transitroute, sondern ein Ringverkehr). Jedoch würde diese im Gegenverkehr geführt (Variante Gegenverkehr – siehe Darstellung Folgeseite, oben rechts). Auch diese Führung hat gegenüber dem bestehenden Regime grosse Vorteile. Das Problem Poststrasse wäre teilweise entschärft, die Parkhäuser könnten direkt angefahren werden, doch würde der Postplatz weiterhin ein Nadelöhr bleiben und die Verkehrsabläufe blieben kompliziert. Die Veloverbindung von Nord nach Süd bliebe problematisch.

Variante Umfahrung West

Der Vorschlag Umfahrung West (siehe Darstellung Folgeseite, unten links) führt im Gegenverkehr über die Vorstadt. Um den Erholungsbereich entlang dem See zu entlasten, kam der Vorschlag, einen Steg im See zu errichten. Hier würde die Bahnhofstrasse ganz entlastet und zusammen mit Bahnhof, Bundesplatz und Metalli eine MIV-freie Zone bilden. Der Umwegverkehr wäre gering, doch blieben die Probleme des Gegenverkehrs und der Veloverbindung von Nord nach Süd. Zusätzlich hätten wir eine starke Verschlechterung im Bereich der Vorstadt. Die Restaurants würden noch stärker belastet und vom Erholungsbereich abgetrennt.

Heutiges System fällt durch

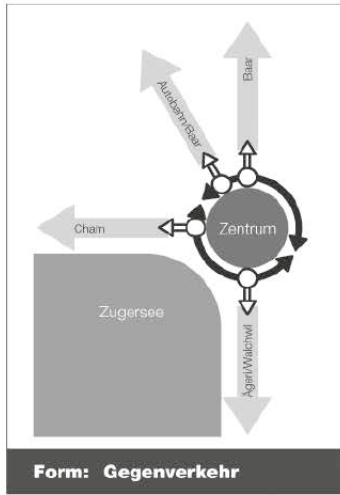
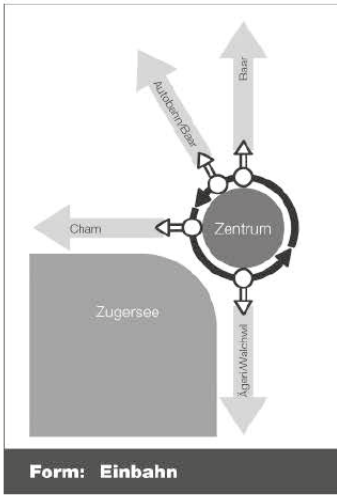
Diverse andere interessante Ansätze wurden in den Arbeiten aufgezeigt und untersucht. Es wurden auch verschiedene weiche Massnahmen vorgeschlagen, wie eine Begrenzung auf 30 km/h in allen Strassen. Ebenfalls wurde der öffentliche Verkehr untersucht. Interessant war die Idee eines grossen Busbahnhofs beim Metalli anstelle des heutigen Systems, wo zwei Bushaltestellen bestehen – beim Metalli und an der Alpenstrasse, wo u. a. die Busse nach Ägeri und Menzingen halten. Besonders für Nicht-Ortskundige wäre dies eine grosse Verbesserung. Beim Variantenvergleich schnitt das heutige Verkehrssystem ganz schlecht ab, insbesondere bezüglich Langsamverkehr (Fuss- und Veloverkehr).

Fazit: Die Bachelorarbeiten zeigen auf, dass es diverse günstige Möglichkeiten gibt, die Verkehrssituation in der Stadt Zug zu verbessern und dass diese realisierbar sind. Für den VCS steht noch immer die eigene Variante Durchfahrt Zug als beste fest. Doch es muss natürlich noch daran gefeilt werden. Als weiteres Vorgehen werden wir den ÖV und den Langsamverkehr in das System einbauen. ■

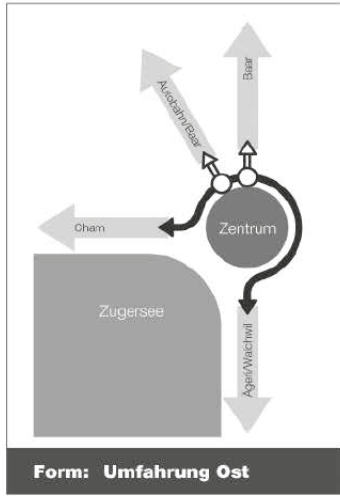
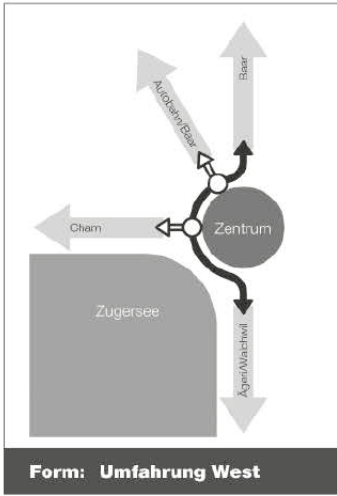
Weitere Informationen:

VCS-Sektion Zug
Philipp Kissling
Vorstandsmitglied
079 683 43 36

Typ 1: Ring



Typ 2: Transitroute



Diese vier Möglichkeiten wurden hauptsächlich mit der heutigen Situation verglichen. Jede stellt aus der Sicht der Studenten eine Verbesserung der heute bestehenden Linienführung dar. Grafiknachweis: Bachelorarbeit Hochschule Rapperswil 2017, Severin Hafner.



Der Postplatz hat in allen untersuchten Konzepten eine Schlüsselfunktion.



Ausgezeichnetes Wohnen

Anna Lustenberger-Seitz, Präsidentin Alternative – die Grünen Baar

20

Die anonyme Massengesellschaft sei eine Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte, meint der bekannte Kinderarzt Remo Largo. Die Menschen wären soziale Wesen, die eigentlich nicht alleine leben könnten. Um ein zeitgemässes Wohnmodell zu sehen, besuchte die Alternative – die Grünen Baar das Wohn- und Gewerbequartier «mehr als Wohnen» auf dem Hunzikerareal in Zürich Oerlikon. Die Partei will mit einem Brief an die Gemeinde konkrete Ideen für eine zeitgemässe Überbauung aufzeigen.

«Mehr als Wohnen» versteht sich als Quartier, das aus Erfahrungen lernen will, sich weiterentwickelt und neue Erkenntnisse auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht.

gann, als die Stadt Zürich 100 Jahre gemeinnütigen Wohnungsbau feierte. Im Dialog mit vielen Beteiligten wurden Gedanken zum Begriff Quartier, neue Wohnformen und die Gesell-



Viele Menschen – viele Dinge. Der Flohmarkt – eine optimale Begegnungsgelegenheit.

Dass dies gelingt, zeigen nicht nur die vielen interessierten Menschen, welche an Führungen teilnehmen, sondern auch die verschiedenen namhaften internationalen Auszeichnungen, welches das Quartier immer wieder erhält: Erst kürzlich, am 14. Juli, kam ein weiterer Preis dazu: der 5. Klaus-Novy-Preis einer deutschen Spar- und Baugenossenschaft zum Motto «Genossenschaft innovativ sozial». Das Quartier entstand in einem mehrjährigen Prozess, der 2007 be-

schaft von morgen geäussert. 2012 erfolgte der Spatenstich. Die Philosophie der neuen Wohnbaugenossenschaft «mehr als wohnen» beruht auf einer ganzheitlich verstandenen Nachhaltigkeit. Eine hochwertige gemeinschaftsfördernde Architektur und Bauführung sollen zur Lebendigkeit dieser Siedlung beitragen. Dieses Quartier zeigt, wie zeitgemässes Wohnen aussehen kann, es nimmt die Botschaft für mehr Gemeinschaft von Remo Largo bestens auf.

Lebendige Bauweise

Es sind 13 unterschiedliche Gebäude, die von 6 verschiedenen Architekten geplant wurden. Die Wohnformen sind für Einzelpersonen, Paare, Familien, ältere Leute, aber auch grössere Wohngemeinschaften erbaut worden. 1200 Personen wohnen in 380 Wohneinheiten, verteilt auf 41 000 Quadratmeter. 6000 Quadratmeter werden als Gewerberäume, Geschäfte, Restaurant und Gemeinschaftsräume genutzt. Dazwischen immer wieder Plätze und Nischen, wo sich Erwachsene und Kinder aufhalten und begegnen können. In einem Gemeinschaftsgarten gibt es private Gemüsebeete, aber auch Kräuter und Blumen, die alle Bewohnerinnen und Bewohner ernten und schneiden können. Das 2000-Watt-Label wird bestens erfüllt. Bewohner und Bewohnerinnen müssen sich aber bemühen, ihren Bedarf an Energie, Wasser, Nahrungsmitteln sowie den Ausstoss an Schadstoffen auf ein Minimum zu begrenzen. So heizt das Quartier zum Beispiel mit der warmen Abluft des Rechenzentrums der Stadt Zürich. Photovoltaikanlagen auf allen Dächern produzieren Strom. Das Regenwasser wird aufgefangen und für die Toilettenspülung und die Bewässerung der Grünflächen verwendet. In einer zentralen Tiefkühlanlage stehen Mietfächer zur Verfügung.

Mieterinnen und Mieter leben ohne Auto

In der Tiefgarage gibt es zwar Autos, aber nur für Bewohner und Bewohnerinnen, die nachweisen können, dass sie aufgrund körperlicher Einschränkungen oder aus beruflichen Gründen auf ein Auto angewiesen sind. Die Busverbindungen zum Bahnhof Oerlikon oder in die Stadt sind optimal. Das Quartier verfügt über eine Mobility-Station, zudem gibt es mietbare Elektrowehelos und Anhänger für grössere Transporte. Das Velo ist das bevorzugte Verkehrsmittel der Bewohnerinnen und Bewohner.

Gemeinschaftsförderndes Konzept

Gemeinschaft, Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe haben eine grosse Bedeutung. Bereits mit fünf MitbewohnerInnen kann eine Quartiergruppe gegründet werden. Diese werden in ihrer Idee unterstützt. Die Rezeption

dass in diesem Quartier durch den Mitwirkungsprozess aller und demokratische Mitgliederrechte das soziale Zusammenleben ein starkes Gewicht bekommt. Ein neunköpfiger Vorstand ist dafür zuständig. Er leitet auf strategischer Ebene das Quartier.



Das Leben hinter den Fenstern wird schon von aussen gespürt.

ist die Drehscheibe des Quartiers. Neben der Verwaltung des quartiereigenen Gästehauses ist sie Anlaufstelle bei verschiedensten Anliegen. So gibt es ein Kindercafé, eine Velostation, einen Filmclub, eine Werkstatt und noch vieles andere. Diese Angebote sind der Antrieb für ein reges Alltagsleben. Die sogenannten Allmendräume bieten Raum für nichtkommerzielle, gesellschaftliche Anlässe.

Mieten, die erschwinglich sind, und vergünstigte Wohnungen für Menschen mit begrenztem Einkommen gehören zu «mehr als wohnen». Die Genossenschaft vermietet aber auch Gewerberäume und Wohnungen an Stiftungen und soziale Institutionen. So erhalten auch Menschen eine Chance, die es schwierig haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Es versteht sich von selbst,

Auszeichnungen für das Unterfeld

Die Behörden von Zug und Baar haben gemäss ihrer Medienmitteilung die Gründe der Ablehnung ihres Gestaltungsplans für das Unterfeld analysiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Es soll eine heterogene Stadtstruktur mit einer verträglichen Mischung aus Wohnen, Büros und Läden entstehen. Der Bau von preisgünstigen Wohnungen ist in der Stadt Zug im Zonenplan festgelegt. Baar hat nun die Chance, den geplanten Anteil nach dem Nein an der Urne zu erhöhen.

Dass man ohne Auto leben kann, zeigen verschiedene autofreie Quartiere und Überbauungen auf. Gerade das Unterfeld bietet sich dafür mit seiner Anbindung an den ÖV hervorragend an. Der Einbezug der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner be-

reits in der Planung, der Dialog mit der Nachbarschaft – beides muss von Anfang an zum Konzept gehören. Wichtig dafür ist aber auch, dass es nachher in den gebauten Siedlungen eine Anlaufstelle gibt. Im «mehr als wohnen» ist es ein Vorstand und eine sogenannte Rezeption, in anderen Überbauungen übernehmen auch Hauswarte und Siedlungskommissionen eine solche Funktion. Es gibt tolle Modelle, die zum Nachahmen einladen. In Zürich hat die Baugenossenschaft Zurlinden sogar im Rahmen einer Zwischennutzung Flüchtlingsunterkünfte erstellt und dafür einen Anerkennungspreis erhalten. Ich wünsche mir einen Kanton Zug, der diesbezüglich auch Auszeichnungen und Labels erhält, nicht nur mit dem Unterfeld, auch mit anderen noch entstehenden oder bestehenden Quartieren. Ich bin überzeugt, dass dies erreicht werden kann. Denn im 21. Jahrhundert baut man nicht für Menschen, sondern immer mit den Menschen zusammen. ■

Mehr als Wohnen

www.mehralswohnen.ch

Wer überlebt?

Natalie Chiodi

22

Nicht Klima, nicht Rohstoffe, sondern Bildung sei der Schlüsselfaktor für das Überleben der Menschheit. Gesellschaften, in denen Breitenbildung gefördert wird, stehen heute bildungsfernen, teils fundamentalistischen Gesellschaften gegenüber. In ihrem Buch «Wer überlebt?» zeigen Reiner Klingholz und Wolfgang Lutz, wie Bildung über die Zukunft der Menschen entscheidet. Im Folgenden fasse ich Teile des Buches zusammen und stelle die Schlussfolgerungen vor.

Es gibt verschiedene Theorien zum Erfolg und zum Scheitern von Gesellschaften. Viele machen äussere Faktoren wie das Klima oder die geografische Lage für den jeweiligen Status quo verantwortlich, andere den Zufall oder die kulturelle Prägung der jeweiligen Bevölkerung. Laut Klingholz und Lutz eignet sich keine der erwähnten Theorien für eine Prognose, wie es mit der Entwicklung weitergehen wird. Aus diesem Grund haben die beiden einen anderen Weg gewählt. Sie haben sich gefragt, welche, historisch gesehen, die wichtigsten Vorbedingungen waren, die alle Gesellschaften der Neuzeit erfüllt haben mussten, um auf die Spur des Erfolges zu kommen. Ihre These lautet, dass die äusseren Faktoren für Entwicklung wie Klima, geografische Lage oder Zugang zu Handelswegen vor etwa 500 Jahren in Europa an Bedeutung verloren haben. Stattdessen hat sich, zunächst nur sehr langsam, aber unaufhaltsam ein innerer Faktor für Entwicklung durchgesetzt. Die Verbreitung der Bildung, nicht nur innerhalb von kleinen Eliten, sondern in breiten Bevölkerungsschichten. Sie zeigen auf, dass in den meisten Ländern der Welt, in denen sich die Bildung nach dem Motto «Bildung für alle» auf weite Bevölkerungskreise ausgedehnt hat und die Menschen immer besser qualifiziert wurden, sich die Lebensbedingungen seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten deutlich verbessert haben. Weltweit hängt der Wohlstand der Nationen eng mit dem Bildungsstand ihrer Bürger

zusammen. Kurz zusammengefasst: Bildung macht gesünder, wirkt sich positiv auf das Einkommen aus und bedeutet Lebenszufriedenheit.

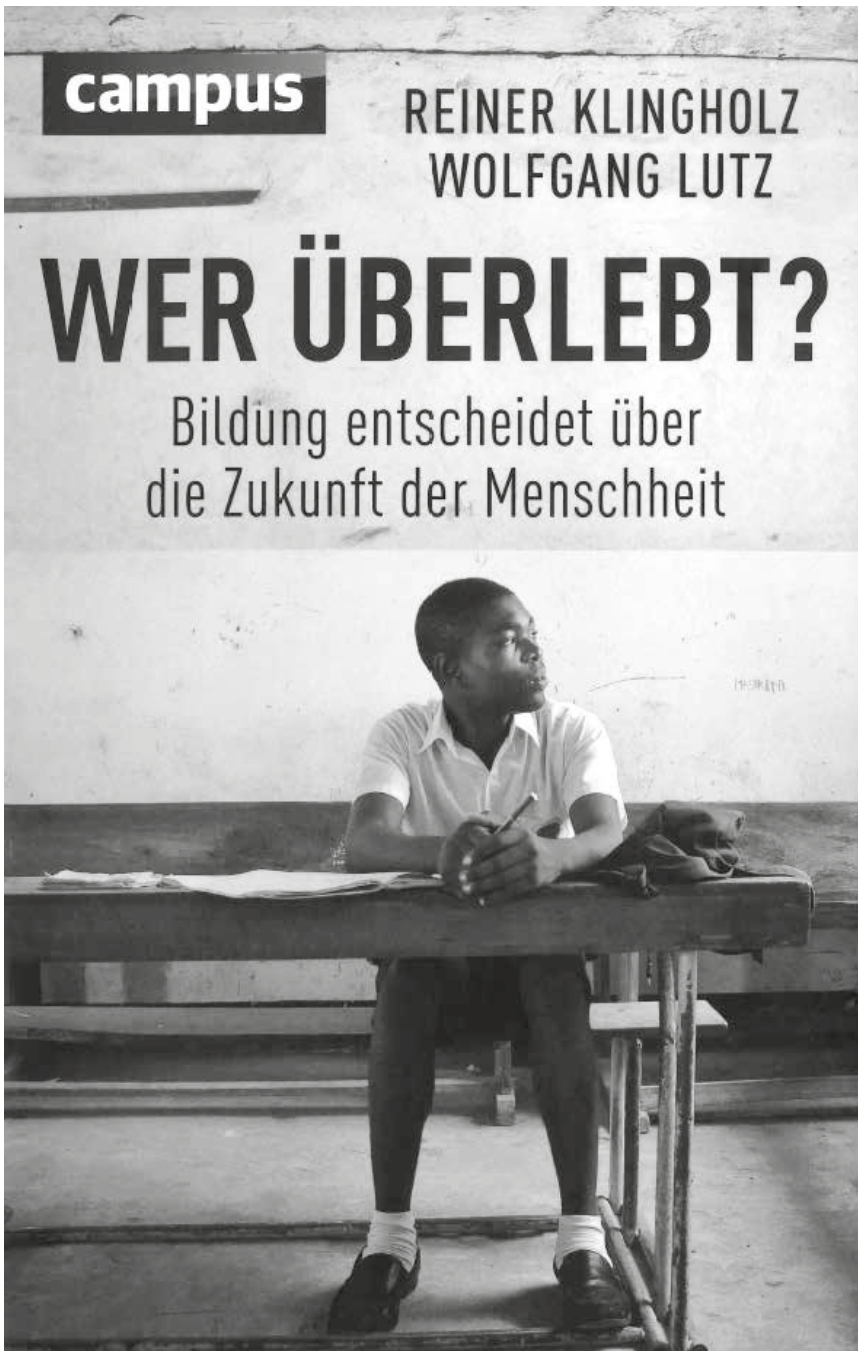
Bildung und Wachstum

Es macht einen grossen Unterschied, ob ein Land primär die Bildung fördert und hofft, dass die anderen Entwicklungsschritte mehr oder weniger von alleine folgen – oder ob es die Wirtschaft fördert, damit die Einkommen wachsen, und erwartet, dass sich damit die Bildungsanstrengungen finanzieren lassen. Wie also lässt sich die These von Klingholz und Lutz, dass Basisbildung die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung ist und nicht umgekehrt, belegen? Die beiden Autoren tun dies anhand der Wirtschaftswachstumsdaten und der Einschulungsraten, welche für praktisch alle Länder seit 1970 gut dokumentiert sind. Entweder die Wirtschaft floriert, bevor die Bildungsdaten steigen, oder die Bildungsdaten verbessern sich, bevor die Wirtschaft zulegt. Für letzteres muss allerdings ein längerer Zeitraum zwischen den Phänomenen liegen. Denn wenn der Anteil der jungen und Mädchen, die eine Schule besuchen, steigt, weil die Regierung das Bildungssystem ausbaut, dauert es rund zwei Jahrzehnte, bis sich die einstigen Kinder als junge Erwachsene mit dem Gelernten volkswirtschaftlich nützlich machen. Erst dann lässt sich ein ökonomischer Gewinn aus der Bildungsinvestition nachweisen. Die Erkenntnis ist wichtig für das Verständnis des positiven Zusammen-

hangs von Bildung und gesellschaftlicher Entwicklung. Sie erklärt im Übrigen auch, warum es der Politik häufig schwerfällt, die notwendigen Mittel für die Bildung bereitzustellen: Aufgrund der Zeitverzögerung erleben die handelnden Politiker während ihrer Amtszeit meist nur die Kosten, aber selten den Nutzen ihrer Bemühungen. In allen im Buch beschriebenen Ländern, die diesen Weg beschritten haben, lag die Expansion der Grundschulbildung, die Ausweitung des Schulbesuchs auf weite Schichten der Bevölkerung, deutlich vor der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.

Forderung nach Bildungsallianz

Klingholz und Lutz zeigen auf, dass es gute Gründe dafür gibt, warum der wohlhabende Teil der Welt der Entwicklung in den armen Ländern nicht einfach zuschauen, sondern aktiv eingreifen sollte. Sie sind einerseits humanitärer Art, andererseits sprechen auch eigennützige Gründe dafür, dem armen Teil der Welt aus der Not zu helfen. In einer globalisierten Welt halten sich die grossen Probleme nicht an nationale Grenzen. Gerade die Industrienationen müssen ein massives Interesse an politischer Stabilität in den wenig entwickelten Ländern haben, an möglichst geringen Flüchtlingsströmen und an einer Kontrolle über die sich ausbreitenden Terrorbanden. Klingholz und Lutz fordern eine globale Bildungsallianz und zeigen auf, dass die dafür notwendigen Mittel geradezu bescheiden sind. Berechnungen der Unesco haben ergeben, dass die Summe von jährlich 22 Milliarden US-Dollar nötig wären, um allen jungen Menschen in den Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen eine qualitativ hochwertige Bildung in der Vorschule, Grundschule und der unteren Sekundarstufe zu ermöglichen. Verglichen mit den Militärausgaben gewisser Länder ist das ein sehr



geringer Betrag. Selbst in Sportereignisse fließt mehr Geld, als für die globale Basisbildung nötig wäre. So soll Katar geschätzte 200 Milliarden US-Dollar in die Infrastruktur rund um die Fußball-WM 2022 stecken.

Die beiden Autoren fassen die Inhalte ihrer Analysen in zwölf Forderungen zusammen, die ich an dieser Stelle leider aus Platzgründen nur teilweise und minimal wiedergeben kann:

1. Bildung beginnt vor der Schule

Die Lernerfahrung der frühen Kindheit beeinflusst den Entwicklungsweg eines Menschen nachhaltig und die Investitionen am Anfang der Bildungskarriere erbringen die höchsten fiskalischen Renditen. In den meisten Entwicklungsländern herrschen hingegen massive Defizite in Bezug auf fast alle Aspekte der frühkindlichen Förderung.

2. Mindestens zehn Jahre Schule für alle

3. Mehr und bessere Lehrpersonen ausbilden

Kein Faktor erhöht den Lernerfolg von Kindern stärker als gute, motivierte und motivierende Lehrpersonen. Doch in den armen Ländern hat das Lehrpersonal meist sehr grosse Klassen, wird nicht kontrolliert und ist schlecht bezahlt, sodass es häufig nicht erscheint. Viele Lehrpersonen haben selber keinen höheren Schulabschluss, zudem fehlt es in diesen Ländern an weiblichen Lehrpersonen, die den Schülerinnen als Rollenmodell dienen könnten.

4. Bildungsverlierern eine zweite Chance geben

Kinder die nicht zur Schule gehen (können), weil sie zum Beispiel von ihren Familien zum Arbeiten gezwungen werden oder mit Gewalt daran gehindert werden, sollten eine zweite Chance erhalten. Bestehende Programme sollten auf jene Länder ausgeweitet werden, in denen es viele BildungsverliererInnen gibt.

5. Marginalisierte Gruppen mitnehmen

Innerhalb vieler Länder oder Regionen gibt es Teile der Bevölkerungen, die benachteiligt werden. In Osteuropa sind es Romakinder, in Staaten wie Deutschland, Frankreich und Grossbritannien schneiden Kinder aus Zuwanderungsfamilien deutlich schlechter ab als solche

der Mehrheitsgesellschaft. Beispiele wie Südkorea, Japan und Singapur zeigen hingegen, dass eine Inklusion möglich ist, wenn der Staat aktiv die soziale Unterstützung benachteiligter Kinder betreibt.

6. Diskriminierung von Mädchen beenden

Weltweit am stärksten benachteiligt sind Mädchen. Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen und damit in manchen Ländern die Marginalisierung der halben Bevölkerung ist vermutlich das grösste Entwicklungshemmnis der Menschheit. Entwicklungszusammenarbeit muss den betroffenen Ländern auf allen Ebenen den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen eines gleichberechtigten Bildungszugangs beider Geschlechter deutlich machen. Bildung ist auch die beste Versicherung gegen Zwangsheiraten und alleine dadurch liessen sich Kinderehen massiv reduzieren.

7. Zeitgemässe Möglichkeiten nutzen

Internet kann Wissen nahezu kostenfrei in jeden entlegenen Winkel der Erde bringen und so die endgültige Demokratisierung von Bildung einleiten (wie der Buchdruck zu Zeiten Luthers die erste Bildungsrevolution eingeläutet hat). Diese technischen Möglichkeiten machen gute Lehrpersonen nicht überflüssig, denn der Umgang mit diesen vielversprechenden Möglichkeiten erfordert ein gewisses Mass an Basisbildung und kritisches Denken. Und schliesslich hat gerade bei Kindern das Lernen eine starke Beziehungskomponente.

8. Lebenslang lernen

9. Bildung als gesellschaftliches Steuerungsinstrument nutzen

Bildung wirkt sich auf den Erfolg nahezu aller Ressorts im politischen und gesellschaftlichen Alltag aus: Über die Bildung lässt sich der Wohlstand erhöhen, die Gesundheit

verbessern etc. und nebenbei das Bevölkerungswachstum senken. Bildung sollte deshalb stärker als Steuerungsinstrument genutzt werden.

10. Regierungen der armen Länder in die Verantwortung nehmen

11. Aufklärung innerhalb der Religionen fördern

In vielen islamischen Ländern wird die Religion missbraucht, um Frauen zu diskriminieren, um Andersdenkende zu bekämpfen und zu unterdrücken, um die vermeintliche Überlegenheit der eigenen Kultur gegenüber der westlichen «Bildungskultur» zu erklären. Es besteht die Hoffnung, dass eine sich ausbreitende Bildung in den muslimischen Ländern auch den Islam reformiert und dass der Koran eine historisch-kritische Interpretation erfährt. Positive Beispiele dafür sind Malaysia und Indonesien. Der Westen muss ebenfalls zur Modernisierung des Islam beitragen: Er muss die religiöse Toleranz gegenüber seinen Zuwanderungsgesellschaften vorleben, sich mit dem Islam auseinandersetzen und die säkularen Kräfte stärken. Das friedliche Zusammenleben mit Zugewanderten und der Aufstieg von Migranten durch Bildung müssen Vorbildcharakter bekommen.

12. Wissenschaftliche Bildungskultur als Grundlage für staatliches Handeln akzeptieren

Die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen lassen sich nicht durch Ideologien oder Fundamentalismen lösen. Die Politik muss sich daher mehr als bisher dafür öffnen, sich durch fachkundige Experten wie Klimaexperten, Demografen, Agrarwissenschaftler oder Konfliktforscher beraten zu lassen.

«Wenn zwei grosse Bevölkerungswissenschaftler über Bildung schreiben dann wird's interessant», meint

eine Stimme auf dem Buchrücken. Stimmt! Das Buch ist gut lesbar, enthält u.a. detaillierte Beispiele von verschiedenen Ländern und richtet sich nicht primär an ein Fachpublikum. Für ausführlichere Inhalte empfehle ich den LeserInnen das Buch und schliesse die Zusammenfassung ab. ■

Das Buch

Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Von Klingholz Reiner und Lutz Wolfgang, Campus Verlag. ISBN 978-3-593-50510-7

Klimawandel ist schon Realität

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Der Hurrikan Harvey, der Bergsturz im Bergell, der Rückgang der Gletscher in den Alpen und an den Polen, das Auftauen des Permafrostes – das Thema Klima und damit der Klimawandel sind wieder da. Schneller als sich rechtsbürgerliche Parteien erwünscht haben.

Ich als Grünspecht bin ja immer in der Natur unterwegs; die Natur ist mein Zuhause. Ich bin sehr «standortgebunden» (so drücken sich die Ornithologen aus); das heisst, ich reise wenig umher. So erlebe ich die Klimaveränderung am eigenen Gefieder; es wird wärmer in unseren Breitengraden.

Launen der Natur?

Ich habe in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen intensiv die Medien verfolgt; und dabei mehr als einmal meine Federn geschüttelt. «Mutter Natur und ihre Launen» titelte etwa ein Zuger Gratisblatt

Die Natur ist alles andere als launisch. Sie «reagiert» nach physikalischen Gesetzen auf die Klimaerwärmung. Wenn die Felsen nicht mehr durch den Permafrost zusammengehalten werden, dann fallen sie herunter. Wenn sich die Gletscher über eine Felskante zurückziehen, dann kommt es an dieser «Bruchstelle» zu Abbrüchen.

Der Sicherheitschef des Schweizerischen Alpenclubs SAC hält gemäss «Sonntags-Zeitung» fest, dass wegen der Rückgänge der Gletscher und des auftauenden Permafrostes mehr loses Material herum liege. Das sind die Fakten.



Klimaverniedlicher in der Defensive

In den letzten Jahren ist es den rechten Parteien gelungen, das Thema Klimaerwärmung in den Hintergrund zu drängen; man beschäftigte sich lieber mit Minaretten und Burkas. Oder man malt einen EU-Beitritt an die Wand, den derzeit niemand in der Schweiz ernsthaft anstrebt. Alles Schreckgespenste, um von den wahren Bedrohungen der

(seit neuestem aus dem Hause Sommblocher). Die Natur ist zwar wie eine Mutter; aus der Natur, in der Natur, mit der Natur leben wir. Aber launisch? Das ganz sicher nicht. Diese Formulierung erinnert an eine willkürliche Person oder den lieben Gott, der aus einer Laune heraus Menschen «bestrafen» will.

Menschen in den Alpen abzulenken. Mit den Ereignissen in diesem Sommer und seit der Pariser Klimakonferenz ist die globale Erwärmung wieder ins Bewusstsein der Menschen zurückgekehrt. Die nächsten paar Jahre werden entscheidend sein, ob die Schweiz, respektive die ganze Welt, die Erwärmung des Klimas

wirksam bekämpfen kann. Jedenfalls sind die «Klimaleugner» in die Defensive geraten.

25

Wichtige Wahlen im Frühling 2018

Die Grünen haben bei den Wahlen des laufenden Jahres praktisch überall zugelegt; im bürgerlichen Solothurn wurde mit Brigit Wyss sogar zum ersten Mal eine Grüne in den fünfköpfigen Regierungsrat gewählt. Wichtiger als der Rückblick ist aber mit Blick auf die nationalen Wahlen 2019 der Ausblick ins nächste Jahr: Im März und April wird in den Kantonen Bern, Genf, Ob- und Nidwalden gewählt, und vor allem auch in den Städten Zürich und Winterthur. Bevor dann Anfang Oktober Zug und damit die Heimat des Grünspechts an der Reihe ist.

Politiker und Parteien sind Opportunisten, sie verstricken sich oft in Widersprüchen. So bläst die SVP permanent ins patriotische Horn und will gleichzeitig den Französisch-Unterricht auf Primarstufe kappen. Sie lamentiert lautstark über die vielen Pendler (natürlich Ausländer) in der Bahn, gleichzeitig lockt sie mit Steuersenkungen und der Forderung nach mehr Hochhausbauten immer mehr Firmen und Menschen an. Der Grünspecht erinnert sich da an den Evangelisten Matthäus, der im Kapitel 7 über falsche Propheten schreibt. «An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen.» Auf die Politik umgemünzt: An ihren Widersprüchen werdet ihr sie erkennen, die falschen Propheten und die Falschmünzer. ■



26

Die Wa(h)lfang Saison hat begonnen

Andreas Lustenberger,
Präsident Alternative – die
Grünen Kanton Zug

Nun ist es also wieder soweit. In der Stadt und auf dem Land werden die ersten Vorbereitungen für die kommende Walfang-Saison getroffen. Die Messer werden gewetzt und die Boote neu gestrichen. Wenn man den Beitrag von Wikipedia zum Walfang liest, unterscheidet dieser sich nicht wesentlich vom politischen Wahlkampf. Anfangs jagte man den Wal mit kräftigen kleinen Ruderbooten, die sechs bis acht Mann Besatzung trugen, und erlegte ihn mit Handharpunen und Lanzen. Der erlegte Wal wurde dann längsseits des Walfangschiffes geschleppt und dort abgespeckt. Alles Übrige überliess man den Möwen und Raubfischen. Auch bei uns laufen die ersten Vorbereitungen und bevor wir uns versehen, werden auch wir in kleinen Grüppchen auf Stimmenfang gehen. Wir hoffen dann die Bevölkerung zu überzeugen, dass es gut und gerne andere Fischköpfe sein werden, die den Möwen überlassen werden. Ich jedenfalls freue mich sehr auf diese kommende Zeit. Sie gibt uns die Möglichkeit, die Lorbeeren für unsere politischen Bemühungen einzustreichen.

Banana Pancakes and the Lonely Planet

Montag, 9. Oktober,
20 Uhr,
Kino Gotthard

Der niederländische Filmemacher Daan Veldhuizen betrachtet das entlegene Dorf Muang Ngoi in Laos und lässt einheimische Jugendliche auf Backpacker und Individualtouristen treffen. Selten hat ein Film die unterschiedlichen Aspekte des Reisens so unaufgeregt, anregend und umfassend auf den Punkt gebracht. Vorstellung in Anwesenheit des Regisseurs.



Das Mädchen mit der Hutschachtel

Montag, 13. November,
20 Uhr,
Kino Gotthard

Ein poetischer Stummfilm von 1927, live begleitet am Piano – an diesem Abend erleben Sie Kino wie vor hundert Jahren! Der Film erzählt von einer reizenden Hutmacherin, die im Zug nach Moskau fährt, um ihre Kreationen zu verkaufen. Das ist mit einigen Verstrickungen verbunden... Stilsicher, sozialkritisch und mit federleichter Eleganz filmte Regisseur Boris Barnet die Lebensumstände im damaligen Moskau. Der Film machte ihn als

Begründer der lyrischen Komödie berühmt. Vorstellung mit Live-Pianist André Désponds.



Meine Brüder und Schwestern im Norden

Montag, 11. Dezember,
20 Uhr,
Kino Gotthard

Wer weiss wirklich etwas über Nordkorea? Die in Südkorea geborene Sung-Hyung Cho hat sich auf eine eindrucksvolle Erkundung dieses auch ihr fremden Landes begeben. Die Menschen, denen sie begegnet, wurden vom Regime ausgesucht. Trotzdem schafft Cho einen Einblick hinter die Klischees einer uns verschlossenen Lebenswelt. Die Regisseurin unterläuft die Propaganda, indem sie die arrangierten Begegnungen sorgsam ins Bild setzt und geduldig ihre Oberfläche betrachtet, bis diese ihre eigene Wahrheit preisgibt. Vorstellung in Anwesenheit der Regisseurin.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliedhaberInnen
Zug

Mittwoch, 4. Oktober, Alternative Monatsbar

im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den
Köchinnen und Köchen der
Grünen Steinhausen

Samstag, 28. Oktober, Repaircafé der Stadt Zug

Bring deine kaputten
Sachen ins Loreto, Reparatur-
expertInnen flicken sie
ehrenamtlich

Mittwoch, 1. November, Alternative Monatsbar

im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18 Uhr: städtische Mitglie-
derversammlung, Wahl des
Präsidiums und Nomination
Stadtrat
ab 18.30 Uhr: Feines von den
Köchinnen/Köchen der Alter-
native – die Grünen Stadt Zug
ab 20 Uhr: Die Basis be-
stimmt: Kantonales Initiativ-
projekt

Dienstag, 28. November, 10 Jahre Grünes Forum Hünenberg

Jubiläumsveranstaltung in
Hünenberg. Infos:
gruenes-forum-huenenberg.ch

Mittwoch, 6. Dezember, Alternative Monatsbar

im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den
Köchinnen und Köchen der
Jungen Alternative

Laufend über den Sommer und Herbst Thementreffs

Die drei kantonalen Arbeits-
gruppen «Kinderbetreuung»,
«Masterplan Velo» und
«Faire Wirtschaft» treffen
sich regelmässig. Interes-
siert? Melde dich beim Seki!



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne

Fraktion im Kantonsrat
www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 3, 30. September 2017
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2017:
Freitag, 24. November 2017

Erscheinungsdatum
Freitag, 15. Dezember 2017

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

